

Zum 75. Geburtstag von Hans Maier

Heinrich Oberreuter

Politikwissenschaft – eine alte, junge und etablierte Disziplin zugleich¹

Die meisten seriösen Darstellungen der Politikwissenschaft weisen darauf hin, sie sei eine sehr alte und sehr junge Disziplin zugleich.² Eine jüngere »Geschichte der Politikwissenschaft« – und nicht nur sie allein – versucht dagegen, mit »den goldenen Worten« von einer klassischen Tradition aufzuräumen: Sie seien eine »Legende«. Apodiktisch stellt sie fest: »Die Anfänge der Politikwissenschaft ereignen sich in den Vereinigten Staaten. Ihre Motive lagen in den Problemen des raschen gesellschaftlichen Wandels am Ende des 19. Jahrhunderts«³, der die Institutionen überfordert und sie nach wissenschaftlichem Rat habe rufen lassen.

Die Leugnung der Tradition ist natürlich eine Möglichkeit, die Paradoxie aufzulösen. Sie ist motiviert durch ein bestimmtes Verständnis von Wissenschaft: »Wissenschaft funktioniert am besten, wenn sie mit Daten arbeitet und Messungen vornimmt.«⁴ Von dort aus entsteht mit einem Mal eine andere künstliche Unverträglichkeit – nämlich die zwischen der Frage nach dem handlungsleitenden Wertekompass und moderner sozialwissenschaftlicher Analyse. Der hier zitierte Historiker unserer Disziplin fragt sich offenbar, wie sich in Einführungswerken Hinweise auf die Politiklehre der griechischen Antike mit der im Weiteren beschriebenen Vorstellung der Politikwissenschaft als moderner Sozialwissenschaft miteinander vereinbaren lassen.

I.

Man kann mit der Paradoxie »alt und jung zugleich« aber auch anders umgehen. Man muss sie weder leugnen noch auflösen. Denn sie entspricht den wissenschaftsgeschichtlichen Tatsachen. Hans Maier hat dazu schon vor Zeiten festgestellt: »Die Antwort fällt verschieden aus je nachdem, ob man an die moderne Disziplin der Politikwissenschaft und ihr verfeinertes Instrumentarium denkt oder an die uralte Bemühung der Menschen, politische Entscheidungen mit Mitteln der Analyse oder

- 1 Beitrag zum Symposium »Christ und Zeit« in der Universität München anlässlich des 75. Geburtstags von Hans Maier.
- 2 Z.B. Dirk Berg-Schlosser / Theo Stammen, *Einführung in die Politikwissenschaft*, München ⁵1992, S. 2 f.
- 3 Jürgen Hartmann, *Geschichte der Politikwissenschaft*, Opladen 2003, S. 17 ff.
- 4 Ebd. S. 19.

des Vergleichs theoretisch zu durchdringen und systematisch zu ordnen. Im ersten Sinn ist politische Forschung eine sehr junge Disziplin, die sich im Wesentlichen erst im 20. Jahrhundert entfaltet hat; im zweiten Sinn ist sie eine der ältesten Wissenschaften, die bis ins Altertum zurückgeht.⁵ Gleich wie: Erforschung der Politik beginnt nicht erst mit der modernen Demokratie.

Sich auch in der historischen Entwicklung des eigenen Faches einzurichten, ist zweifelsohne arbeitsökonomisch nicht bequem. Die heutigen Arbeitstechniken fördern zusätzlich die Orientierung am »jüngsten Stand«, und bisweilen beschleicht einen die alte Einsicht Heimpels, Literaturkenntnis schütze vor Neuentdeckungen. Disziplingeschichte legt aber durch Aufklärung von Prämissen, Grundannahmen, erkenntnistheoretischen Grundlagen und Fragestellungen auch Fundamente für aktuelle Annäherungen an den Gegenstand. Pragmatische Gegenwartsbezogenheit auf dem »jüngsten Stand« verschließt sich diesen Quellen – wie eben auch der Tatsache, dass die Politik als Teil der praktischen Philosophie schon im klassischen Kanon der Wissenschaften seit der Antike ihren Platz hatte, den sie – nicht ohne Brüche und Wandlungen – in Deutschland bis zu ihrer spezialisierten Wiederbegründung in den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts verteidigt hat. Politikwissenschaftliche Gegenstände sind in älteren Zeiten von der praktischen Philosophie, der Policy- und Verwaltungswissenschaft, der Kameralistik und der allgemeinen Staatslehre behandelt worden.⁶ Sicher ist die frühere Lehre oder Wissenschaft der Politik mit der heutigen Politikwissenschaft nicht identisch, und der mittelalterliche Wissenschaftsbegriff bleibt dem modernen Szientismus fremd.⁷ Aber in der Aufklärung des Wandels, die wir zahlreichen Studien Hans Maiers⁸ verdanken, liegen relevante Erkenntnischan-

cen. Politik z.B. meinte vor der Neuzeit vor allem gemeinschaftliche Ordnung. Später wird sie durch Macht und Herrschaft charakterisiert – mit welchen Folgen, Unversöhnlichkeiten oder potentiellen Brückenschlägen ist zu fragen bzw. fragt Hans Maier, nachdem er in seinen Untersuchungen den Bogen geschlagen hat zwischen der aristotelischen Lehrtradition des Politikunterrichts an der mittelalterlichen Universität als Teil der moralphilosophischen Unterweisung bis zu den kameralistischen Spezialprofessuren für politische Wissenschaften des 18. Jahrhunderts im Territorialstaat, die der Einführung künftiger Verwaltungsbeamter in die *res politicae* dienten, aber auch die Auflösung des Faches in Teilgebiete und den Niedergang der *Professio Ethices vel Politices* repräsentieren.

5 Hans Maier, »Politik als Gegenstand wissenschaftlicher Forschung. Historische Anmerkungen« in: Leonhard Reinisch (Hg.), *Politische Wissenschaft heute*, München 1971, S. 1.

6 Hans Maier, »Die Lehre der Politik an den deutschen Universitäten« in: Dieter Oberndörfer (Hg.), *Wissenschaftliche Politik. Eine Einführung in Grundfragen ihrer Tradition und Theorie*, Freiburg ²1962, S. 59 – 116.

7 Wilhelm Bleek, *Geschichte der Politikwissenschaft in Deutschland*, München 2001, S. 18.

8 Siehe auch Hans Maier, *Die ältere deutsche Staats- und Verwaltungslehre*, München ²1980, sowie Ders., *Politische Wissenschaft in Deutschland. Lehre und Wirkung*, München ²1985.

Vielleicht könnte man zusammenfassend sagen: Mit der Loslösung von der schulmäßig vermittelten aristotelischen Politik geht deren ethische Einbettung, Zwischenformen konzidiert, sich auf die politischen Geschäfte einlassend, verloren. Dafür gewinnen die neuen Professuren praktische Relevanz für den sich nun durchsetzenden Verwaltungsstaat und seine Wirtschafts- und Wohlfahrtspflege,⁹ sind aber zugleich in ihrer Ausrichtung zu schmal, um Rekonstruktionsversuchen einer umfassenden Staatslehre als Basis zu dienen.

Maier macht aber nicht nur die Gleichsetzung von Politik und Verwaltung und die Einführungen des Polizeistaates für das Verschwinden der alten Politik von den deutschen Universitäten im 19. Jahrhundert verantwortlich, sondern nicht zuletzt die Wirkung der Kritik Kants an der aristotelischen praktischen Philosophie. Die Entwicklung im Folgenden ist demnach gekennzeichnet durch den Auseinanderfall von Recht und Ethik, Staatswissenschaft und Soziologie; kurz: durch das Manko sozialetischer Gesichtspunkte und die Preisgabe des teleologischen Prinzips der älteren Politik, u.a. mit der Folge der Zersplitterung und allmählichen Auflösung der politischen Wissenschaft.

Diese ganz und gar unzulängliche Zusammenfassung zielt auf eine ganz einfache Frage: Legt jemand eine solch nüchterne Untersuchung vor – in der er noch dazu die relativ geringe praktische Bedeutung seines Gegenstandes an der mittelalterlichen Universität einräumt und nicht mit dessen Triumph endet, sondern mit seiner Auflösung –, um die Gegenwart durch eine goldene Vergangenheit zu legitimieren und an einer Legende zu stricken? Natürlich nicht. Aber die Antwort kann weder die Vertreter einer ahistorischen und ignoranten, noch die Vertreter einer methodologisch modernistischen Position – so teilt Wilhelm Bleek die Verleugner älterer Traditionen ein¹⁰ – beglücken. Worauf es Hans Maier, ganz gleich übrigens Wilhelm Hennis¹¹, nämlich im Kern ankommt, ist die sich aus der Verfallsgeschichte ergebende Einsicht in die Relevanz einer philosophischen Politik für die aktuelle Disziplin. »Denn aus ihr allein kann der Anspruch, Grundlagenwissenschaft des Politischen zu sein, auch für die heutigen Formen akademischer Behandlung der res politicae begründet werden«.¹²

II.

Wenn auch die Absicht historischer Legitimation der Politikwissenschaft nicht im Vordergrund der zu Beginn der 60er Jahre erschienenen wissenschaftsgeschichtlichen Arbeiten steht, können diese doch nicht aus dem Kontext der damaligen Diskussion entrückt werden. Maier selbst hat ihn hergestellt, indem er den Vorwurf aufgriff, es handele sich um einen »angelsächsischen Import mit politischer Meist-

9 Maier, »Die Lehre der Politik« aaO. (FN 6), S. 87 ff.

10 Bleek, aaO. (FN 7), S. 48.

11 Wilhelm Hennis, *Politik und praktische Philosophie*, Neuwied/Berlin, 1963.

12 Maier, »Die Lehre der Politik« aaO. (FN 6), S. 116.

begünstigungsklausel¹³ und demgegenüber auf die unterbrochene und von ihm selbst rekonstruierte Traditionslinie hinwies. Für die Beschäftigung mit ihr sind drei Gründe zu benennen:

1. In der Tat wurde der Politikwissenschaft in den 50er Jahren eine Legitimationsdiskussion aufgenötigt, wurde sie doch im Kontext der Demokratieerziehung der Deutschen von den Besatzungsmächten, speziell den Amerikanern, ins öffentliche Bewusstsein gehoben. Die Reaktion der Universitätsvertreter war gemischt. Obgleich letztlich die Errichtung entsprechender Professuren beschlossen wurde,¹⁴ rankte sich Skepsis um diese »amerikanische Wissenschaft«: das Fach habe – man höre – in Deutschland keine Tradition und lasse sich nicht in die gewachsene Fächerstruktur integrieren. Als Arnold Bergstraesser 1954 nach Freiburg kam, traf er – wie andere Kollegen, die im Übrigen größtenteils zurückkehrende Emigranten waren – auf Vorurteile und Argwohn, auf Befürchtungen, er werde in geheiligte Gefilde anderer einbrechen, in Freiburg speziell in die Geschichte – was ja, auf mittlere Sicht gesehen, sogar zutreffend gewesen ist: Hans Maier, Hans-Peter Schwarz und auch Kurt Sontheimer. Die Animositäten wurden selbst in Habilitationsverfahren ziemlich offen ausgetragen.¹⁵ Auch mit Maiers Forschungsergebnissen munitioniert, wandte sich Bergstraesser gegen den Importvorwurf: Die deutsche Fachtradition sei älter als die amerikanische.¹⁶ Zugleich eröffnete er mit dem Hinweis, Geschichte reiche als Medium politischer Bildung allein nicht aus, eine bis heute aktuelle Front. Die Politikwissenschaft habe ihre eigene, auf die res gerendae zielende Fragestellung sowie ihre eigenen politisch beratenden und erziehenden Funktionen, die nicht allein durch historisches Wissen zu erfüllen seien.¹⁷

Von Hans Maier hat man das in den folgenden Jahren auch in München immer wieder ähnlich hören können, wo das Fach durchaus auch um seine Anerkennung und ob seiner frühzeitigen internationalen Vernetzung auch gegen Neid zu kämpfen hatte.¹⁸

13 Hans Maier, »Eine Münchner Schule: Die Politische Wissenschaft in Deutschland und das Geschwister-Scholl-Institut« in: Peter Cornelius Mayer-Tasch (Hg.), *Münchner Beiträge zur Politikwissenschaft*, Freiburg 1980, S. 16.

14 Arno Mohr, *Politikwissenschaft als Alternative. Stationen einer wissenschaftlichen Disziplin auf dem Wege zu ihrer Selbständigkeit in der Bundesrepublik Deutschland 1945-1965*, Bochum 1988, S. 97 ff. bzw. S. 113 ff. Siehe auch Hans Kastendiek, *Die Entwicklung der westdeutschen Politikwissenschaft*, Frankfurt a. M./New York 1977, S. 152 ff.; Hans Joachim Arndt, *Die Besiegten von 1945. Versuch einer Politologie für Deutsche samt einer Würdigung der Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 1978, S. 117 ff., S. 265 ff.; Gerhard Göhler / Bodo Zeuner (Hg.), *Kontinuitäten und Brüche in der deutschen Politikwissenschaft*, Baden-Baden 1991.

15 Horst Schmitt, »Die Freiburger Schule 1954-1970« in: Wilhelm Bleek / Hans J. Lietzmann (Hg.), *Schulen der deutschen Politikwissenschaft*, Opladen 1999, S. 219 f.

16 Arnold Bergstraesser, »Geschichtliches Bewußtsein und politische Entscheidung« in: Waldemar Besson / Friedrich Frhr. Hiller von Gaertingen (Hg.), *Geschichte und Gegenwartsbewußtsein, Festschrift für Hans Rothfels*, Göttingen 1963, S. 16.

17 Schmitt, aaO. (FN 15), S. 220.

18 Maier, »Eine Münchner Schule« aaO. (FN 13), S. 16 f.

2. Als zweiter Grund ist der zeitgeschichtliche Schock durch die »deutsche Katastrophe« zu vermuten: die Infragestellung, ja Vernichtung aller humane politische Ordnung stiftenden Werte und deren Begünstigung durch den Wertrelativismus zuvor – Wertevernichtung durch politisches Handeln. Gleichwohl hat es nach 1945 auch normativen Eskapismus gegeben. Einem jüngeren Selbstzeugnis Hans Maiers ist zu entnehmen, wie sehr ihn in Auseinandersetzung mit der Philosophie deren theoretische Einseitigkeit beeindruckt hat. Von Heidegger habe er gehört: »Wenn die Wahrheit richtig erkannt wird, ergibt sich das Handeln von selbst.« Dafür sei Heidegger nun gerade ein schlechtes Beispiel und Anlass zu der Überlegung gewesen, ob das wirklich so sei! Die Vertiefung in die Philosophiegeschichte habe ihn dann über das Entschwinden der praktischen Philosophie im 19. Jahrhundert und die theoretische – der Ethik, Ökonomik und Politik abgeneigte – Genügsamkeit seither belehrt. Seine eigenen Studien haben diesen Prozess dann aufgeklärt. In die praktische Lücke traten die modernen Sozialwissenschaften, die der jungen Generation die gerne ergriffene Chance eröffneten, Politik nicht länger als Naturereignis hinzunehmen, sondern mit wissenschaftlichen Mitteln über sie zu reflektieren. »Und so haben wir uns ein wenig als Abwesenheitspfleger der nicht mehr anwesenden praktischen Disziplinen gesehen...«¹⁹. Heute habe sich das Verhältnis zugunsten der Ethik und Ethikkommissionen geradezu umgekehrt. Ist das nicht auch eine späte Rechtfertigung für den normativen Ansatz der Politikwissenschaft?

3. Als dritter Grund ist die sich in den USA anbahnende Auseinandersetzung mit dem Behaviorismus zu nennen. In Freiburg wurde die amerikanische Entwicklung aufmerksam verfolgt. Easton hatte schon 1951 politische Philosophie für obsolet erklärt²⁰ und Key 1958 festgestellt, die Politikwissenschaft als empirische Disziplin könne mit dieser Art von Theorie überhaupt nicht kommunizieren.²¹ Die Angegriffenen – Hannah Arendt, Leo Strauss, Eric Voegelin – hielten dagegen diese neue Konzentration auf Messungen und Daten für trivial.²² Hans Maier hat Lasswells Definition als Wissenschaft des »Who Gets What, When, How« stets für unangemessenen soziologischen Reduktionismus gehalten,²³ und dessen Idee, soziales Verhalten verlässlich analysieren zu können, um politische Gesetzmäßigkeiten zu gewinnen, steht er fern.

Jedenfalls war das Postulat, die Politikwissenschaft auf empirische Methoden festzulegen und auf naturwissenschaftliche Exaktheit zu verpflichten, folgeschwer.

19 In: Heinrich Oberreuter (Hg.), *Ein reiches Leben: Hans Maier. Reden zum 70. Geburtstag*, München 2002, S. 36 f.

20 David Easton, »The Decline of Modern Political Theory« in: *Journal of Politics* (13) 1951, S. 36 – 58.

21 Valdimer O. Key, »The State of the Discipline« in: *American Political Science Review* (22), S. 691 – 971.

22 Z.B. Eric Voegelin, *Die neue Wissenschaft der Politik*, München 1959 (ursprünglich Chicago 1952).

23 Z.B. Hans Maier, »Politikwissenschaft« in: Ernst Fraenkel / Karl-Dietrich Bracher (Hg.), *Fischer-Lexikon Staat und Politik*, Frankfurt/Main 1966, S. 166. Vgl. auch Harold D. Laswell, *The Future of Political Science*, New York 1963, S. 177 f.

Musste sich nicht zugleich die Frage stellen, ob sich notwendige und vernünftige Ziele der Politik unter Umgehung von Wertorientierungen klären lassen? Eine Politikwissenschaft, die solche Orientierungen nicht thematisiert, analysiert und gegebenenfalls auch als kritischen Maßstab verwendet, vermag für ein politisches System keine Kriterien zu entwickeln, die außerhalb des Pragmatischen liegen. Sie verzichtet auf ihre im klassischen Sinn kritische Dimension. Maiers Kritik an der eingeführten früheren Staatsbetriebslehre scheint hier wieder auf und musste auch ein Licht auf diesen tiefgehenden Selbstverständnisdisput werfen.

Eric Voegelin hat bekanntlich den Angriff auf die Normavität der Disziplin mit politikphilosophischer Schärfe zurückgewiesen. Die Freiburger Schule tat desgleichen, wenn auch mit einer zusätzlichen Annäherung, die hier verkürzend, dem zeitgeschichtlichen Selbst- und Legitimationsverständnis entsprechend, als demokratiewissenschaftlich bezeichnet werden soll. Es trägt nicht, die damaligen Differenzen zwischen der amerikanischen und deutschen Entwicklung damit zu erklären, dass die Disziplin im Lande einer ungefährdeten Demokratie keinen Anlass sah, wie in Deutschland ständig über eben diese zu reflektieren; denn auch damals schon hätte es auch dort Anlass gegeben, wenn nicht über den Bestand, so doch über den Zustand der Demokratie nachzudenken. Die Freiburger gaben jedoch, diesmal im Wesentlichen durch Oberndörfer (aber auch Alexander Schwan und Manfred Hättich wären zu nennen) eine im Rahmen der disziplingeschichtlichen Forschungen Maiers zu erwartende Antwort: Politik als praktische Wissenschaft gewinne ihr kritisches Ethos und ihre Ziele prinzipiell aus der Reflexion über das Wohl des Ganzen. Dabei habe auch die empirische Sozialforschung ihren Platz. Denn die »Beantwortung der Frage nach dem ‚guten Handeln‘ und der ‚guten Ordnung‘ (sei) immer zugleich eine empirische (...), die genaue Kenntnisse der politisch-sozialen Wirklichkeit voraus(setze).«²⁴ Der instrumentelle Charakter empirischer Sozialforschung wurde damit postuliert – im Gegensatz zum Übermut der Behavioristen: »Als Wissenschaft ließen sie nur mehr gelten, was der statistischen Prüfung standzuhalten vermochte. Tabellen mit absoluten Zahlen und Prozentuierungen genügten nicht mehr. Es musste schon ein Cluster konstruiert werden oder ein Chi-Quadrat im Spiel sein.«²⁵

Diese Art Empirie war Hans Maiers eigene Sache nicht. Er hat sie aber zugelassen und gefördert. Zu erinnern ist an die erste mit modernen sozialwissenschaftlichen Methoden durchgeführte Untersuchung des Deutschen Bundestages, die Ende der sechziger Jahre mit Fragebogen, Interviews, Panel-Diskussionen und teilnehmender Beobachtung unter seiner Verantwortung durchgeführt worden ist.²⁶ Ganz anders persönliche Erfahrungen mit anderen Fachvertretern: Wilhelm Hennis hat von

24 Dieter Oberndörfer, »Politik als praktische Wissenschaft« in: Ders. (Hg.), *Wissenschaftliche Politik*, aaO. (FN 6), S. 9 – 58 (46).

25 Hartmann, aaO. (FN 3), S. 74.

26 Hans Maier / Heinz Rausch / Emil Hübner / Heinrich Oberreuter, *Parlament und Parlamentsreform. Zum Selbstverständnis des fünften Deutschen Bundestages*, München ²1979 (ursprünglich Bonn 1969).

solch methodischem Aufwand wenig gehalten, weil er die Ergebnisse auch ohnedies vorhersagen könne; von Kurt Sontheimer kam bei einer Tabelle einmal die Frage, ob man das »n«, also die Anzahl der Befragten, die für die Aussagekraft erst wesentlich sind, nicht weglassen könne, um im Umbruch eines Handbuchartikels eine Zeile zu sparen.

Dass die Freiburger Schule grundsätzlich – und in einigen Vertretern der dritten und vierten Generation durchaus mit Raffinement – anschlussfähig geblieben ist an diese damals neue Methodendiskussion, hat neben deren eigenen Leistungen mit dazu beigetragen, dass politikphilosophische Positionen in der Disziplin zwar große Bedeutungsverluste erfahren haben, aber doch noch heimisch geblieben sind – durchaus nicht auf die »alten« Klassiker beschränkt, sondern angereichert um modernere Theoretiker wie Habermas, Luhmann, Rawls oder Walzer. Aber auch von einer Renaissance Hannah Arendts und (in den USA) Leo Strauß' und Eric Voegelins lässt sich sprechen. Aber es wäre unrealistisch, nicht zuzugeben, dass heutzutage die neuere empirische Richtung stimmungsführend geworden ist.

III.

Lässt sich Hans Maiers Beitrag zur Verteidigung des Normativen jenseits der allein wissenschaftsgeschichtlichen Forschungsleistung näher bestimmen?

1. Die politikphilosophische Orientierung der Gründerphase in den 50er und 60er Jahren in der Bundesrepublik Deutschland steht außer Zweifel. Sternberger, Bergstraesser, Voegelin, Hennis u.a. – sie alle orientierten sich mehr oder weniger an der antiken Idee der sich in der Gemeinschaft entfaltenden Bürgertugend, am Studium der Klassiker und an der Zerstörung dieser Annäherungen durch die Machtlehren der Renaissance. Am umfassendsten war wohl Voegelins Ansatz von einer »Wissenschaft von der Ordnung des Menschen in der Gesellschaft«, die vermittelt werden sollte durch Reflexion auf die großen Blöcke von Ordnungswissen seit dem Altertum: die klassische Politik, die jüdisch-christliche Ontologie von Mensch, Gesellschaft und Geschichte und schließlich das »angelsächsische Zivilregime« als Versuch, unter modernen nationalstaatlichen und industriegesellschaftlichen Bedingungen institutionelle Formen für die beiden erstgenannten Ordnungsblöcke zu finden.²⁷ Erneut verkürzt lässt sich von einer Priorität der antiken Ordnungs- und Gemeinschaftsorientierung sprechen, entlang der immerwährenden Frage nach den falschen und den richtigen Maßstäben im politischen Handeln.²⁸

2. Einen anderen Weg schlug der von der amerikanischen Pluralismustheorie beeinflusste Ernst Fraenkel ein. Er löste sich von der deutschen Tradition eines substantiell verstandenen, staatsgebundenen Gemeinwohls und definierte dieses als Ergebnis eines »due process«, einer verfahrensgerechten fairen Entscheidung nach kontroverser Willensbildung. Dem steht ein nicht-kontroverser Politiksektor ge-

27 Maier, »Eine Münchner Schule« aaO. (FN 13), S. 28.

28 Wilhelm Hennis, aaO. (FN 11), S. 17 ff.

genüber: das Ensemble der Verfassungs- und Verfahrensnormen. Das Interessen- und Machtspiel der modernen Demokratie wurde also aufgenommen, ohne die normative Orientierung preiszugeben: denn der nicht-kontroverse Sektor wurde als höchst werthaltig verstanden.²⁹ Fraenkels Weg kam nicht von der politischen Philosophie und er führte auch nicht zum Behaviorismus und zur »Soziologisierung« des Faches, wie er sich ausdrückte. Er war realitätsbezogen und normativ zugleich. Für den Hausgebrauch erschienen die Unterschiede wenigstens zu Sternberger, Bergstraesser, Hennis und Hans Maier nicht allzu groß.

3. Gibt es nun für Hans Maier in diesem Selbstfindungsprozess des Faches einen eigenen Ort? Kann man ihn, weil er unzweifelhaft der normativen Schule zugehört, sich mit der aristotelischen Tradition befasst hat und Gerechtigkeit und Frieden zum Ziel der Politik bestimmt, einfach zum »bekenennenden Aristoteliker«³⁰ erklären? Gewiss, was das Verständnis der Politik als praktischer Wissenschaft betrifft. Maier geht aber weder den antiken noch den neopluralistischen Weg (ohne sich von beiden abzuschotten). Er füllt auch nicht Argumentationslücken mit christlichen Begründungsstrategien,³¹ nur weil er z.B. die Einschmelzung der aristotelischen Politik in christliche Denkkzusammenhänge oder Ansätze christlicher Staatslehren der frühen Neuzeit aufklärt. Maier sucht in der Tat »Traditionsbestände des summum bonum« in der älteren deutschen Staats- und Verwaltungslehre und -geschichte für die neuere Politikwissenschaft in Deutschland fruchtbar zu machen.³² In Stichworten: die Ablehnung reiner Machtlehren, der Wohlfahrtszweck des Staates, die Vorherrschaft einer Pflichtenethik, der Zusammenhang von Freiheit und Sozialität, die Bindung an den Amtgedanken. Maier weist auf Pufendorf hin, dessen Lehre sich in westlichen Ländern mehr ausgewirkt hat als in Deutschland und hebt besonders hervor dessen Betonung der ethischen Freiheit und Würde des Einzelnen, die Bedeutung des Sozialen, die wechselseitige Pflichtbindung zwischen Herrschaft und Untertanen.³³

In all dem lässt sich zusammenfassend in der Tat eine eigene Annäherung erblicken. Sie setzt sich nicht in Widerspruch zu den beiden erstgenannten. Sie sucht darüber hinaus aber Anknüpfungspunkte in der deutschen Tradition – nun nicht mehr zur Legitimation im akademischen Betrieb, sondern vor allem als Forschungsprogramm. Der Politikwissenschaft in Deutschland wird nachdrücklich vorgeschlagen, diese Tradition aufzugreifen, wenn sie nicht nur angelsächsische Modelle und Konzeptionen kopieren und, wie Karl Loewenstein formuliert hat, von den Brosamen der Reichen leben wolle.³⁴

29 Vgl. Ernst Fraenkel, *Deutschland und die westlichen Demokratien*, Stuttgart u.a. 1964.

30 Hartmann, aaO. (FN 3), S. 145.

31 So aber Thomas Noetzel, Hans Maier: »Traditionsbestände des summum bonum« in: Hans Karl Rupp / Thomas Noetzel (Hg.), *Macht, Freiheit, Demokratie Bd.2: Die zweite Generation der westdeutschen Politikwissenschaft*, Marburg 1994, S. 104.

32 Ebd. S. 101 f.

33 Hans Maier, *Ältere deutsche Staatslehre und westliche politische Tradition*, Tübingen 1966, S. 13 f.

34 Ebd. S. 27 f.

Es ist aber alles in allem eher doch so gekommen, wenn auch die für diesen Fall prognostizierte Befürchtung nicht eingetreten ist, die Disziplin verkomme dann zur aktuellen Sozialpädagogik für den politischen Katastrophenfall. Das Fach hat sich dennoch etabliert, wenn auch mit dem von Maier vorhergesagten kurzen Gedächtnis und wenn auch nicht im Rahmen der von ihm geschätzten und zu einem wichtigen Teil durch eigene Forschungen herausgearbeiteten Traditionen. Vor allem sind, durch enge Spezialisierung und sklavische Anwendung bestimmter Forschungsansätze mit verursacht, Defizite grundlegender Fragestellungen zu beklagen.

IV.

Zur Etablierung des Faches hat Hans Maier selbst nach Kräften beigetragen. Durch Fortführung seiner Forschungen, durch eine unglaubliche Themen- und Interessensvielfalt, die sich – auch während des Amtes des Staatsministers – mit nie versiegender publizistischer Aktivität verschmilzt³⁵, durch sein Wirken in der Öffentlichkeit. »Synopsis« und »Praxis«, Freiburger Schlüsselbegriffen, ist er immer treu geblieben – wobei Synopsis für die integrierende Offenheit gegenüber anderen Disziplinen steht. In Geschichte und Staatsrecht, gelegentlich auch in Philosophie und Theologie zur Kenntnis genommen zu werden, ist ihm mindestens gleich wichtig gewesen wie sein Standort im eigenen Fach.³⁶

Die Praxis schloss auch die Hinwendung zur Ausbildungsfunktion des akademischen Lehrers, zur politischen Bildung und deren Professionalisierung und zur Politik mit ein. Nicht dem ist hier noch nachzugehen, sondern Spuren wissenschaftlicher Wirksamkeit, die noch nicht berührt worden sind.

1. Völlig übersehen ist bislang die Bedeutung der Maierschen Forschungsergebnisse für die politische Kulturforschung, die sich dem Geflecht von Einstellungen und Verhaltensweisen widmet, aber auch nur dann tieferen Sinn hat, wenn sie nicht nur fragt und misst, sondern auch die Tiefendimension historischer Genese mit einbezieht. Zur »subject culture«, zur früheren Untertanenkultur der Deutschen, lassen sich aus den Forschungen zur Staatslehre gerade deswegen eine Fülle von Erkenntnissen beitragen, weil diese Forschungen immer auch auf die Praxis bezogen bleiben.

Zuallererst ist die wirkmächtige Sozialstaatstradition zu nennen, »der eigentümliche Beitrag Deutschlands zum modernen Staatsgedanken«, der aus dem sittlichen Zweck des Staates entspringt, »gemeine Wohlfahrt zu schaffen«.³⁷ Heute würden

35 Vgl. dazu *Hans Maier Bibliographie 1950-1990 und 1991-2005*, zusammengestellt von Gertraud Jonas und Angelika Mooser bzw. Angelika Mooser-Sainer, Freiburg 1991 bzw. München 2006.

36 Hinweise zur Rolle im Fach auch bei Jürgen W. Falter / Felix W. Wurm (Hg.), *Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. 50 Jahre DVPW*, Wiesbaden 2003.

37 Maier, *Ältere deutsche Staatslehre*, aaO. (FN 33), S. 24. Siehe auch Ders., »Der Bürger im Obrigkeitsstaat« in: *Politische Wissenschaft in Deutschland*, aaO. (FN 8), S. 125 – 143.

wir aus der Sicht des Bürgers von Output-Orientierung sprechen, die grundlegende Fragen nach der politischen Ordnung ausklammert. Damit verbindet sich zugleich die obrigkeitsstaatliche Tradition: wirtschaftlich-soziale Emanzipation einerseits, politische Reaktion und bürgerliche Unfreiheit andererseits. In dieser Hinsicht sei es das Unglück des deutschen Bürgertums gewesen, bis tief ins 19. Jahrhundert hinein ganz überwiegend von einer rechtschaffenen, pflichtbewussten und keineswegs tyrannischen Obrigkeit regiert worden zu sein. Wirtschaftliche und geistige Freiheit sowie Rechtssicherheit hätten Gleichgültigkeit provoziert gegenüber politischer Freiheit sowie Teilnahme und Mitverantwortung am Staat: ein merkwürdiger, den Staat abseits lassender Reservatbegriff bürgerlicher Freiheit, der das monarchische Prinzip stützte und Grundrechte nicht als Teilhaberechte, sondern als Unterlassungsanspruch an den Staat verstehen ließ. Eigentümlichkeiten des Verfassungsdenkens – oder Nichtdenkens – oder auch des Staat-Kirche-Verhältnisses von länger fortdauernder Wirksamkeit wären hinzuzufügen.

Die Vorleistungen und Wegweisungen sind klar genug – und die Versäumnisse der Politikwissenschaft, ihnen zu folgen und Erforschung der political culture weitgehend mit Demoskopie zu verwechseln, ebenfalls.

2. Die Beschäftigung mit den Klassikern hat Maier nicht zuletzt auch zu modernen Staatsdenkern geführt: Hobbes, Rousseau, Hegel, Max Weber. Diese Beschäftigung ist natürlich der akademischen Herkunft geschuldet, von der die Rede war. Die mit Rausch und Denzer gemeinsam erarbeitete, erfolgreiche Edition der Klassiker des politischen Denkens³⁸, gerade auch für Zwecke des Universitätsunterrichts und Interessierte darüber hinaus gedacht, hat jüngst ein merkwürdiges Lob erfahren: Selbst sie, welche die Tradition der politischen Philosophie beachte, betreibe »die kontextsensible Analyse«.³⁹ Das soll wohl heißen, sie ist nicht philosophisch-theoretisch verengt und damit für einen normalen Politikwissenschaftler brauchbar. Aber noch kein wirklicher Klassiker war kontextunsensibel, ebenso wenig wie es die politikwissenschaftliche Lehre selbst an Voegelins Lehrstuhl gewesen wäre.

Wozu dieses Kompendium? Um zu zeigen, dass die immer gleiche Frage nach der guten politischen Ordnung zu verschiedenen Zeiten in verschiedenen Gesellschaften unterschiedliche Antworten hervorbringt, weil sich Ordnung eben historisch realisieren muss. Und doch ist es immer der gleiche Vorgang philosophisch inspirierter Zeitkritik, wenn die Theorie die praktische Politik auf ihre Aufgaben verweist, politische Aktualität an der ursprünglichen Ordnung des Gemeinwesens misst und nötigenfalls Kritik übt als Ansatz zu Korrekturen und Reformen: denn »das ist der Ursprung aller wissenschaftlichen Politik seit der sokratisch-platonischen Frage nach der Polis; denn die Aufgabe des Philosophen ist es, in der Reflexion auf das Gute Ziele des politischen Handelns als richtig zu begründen oder als un-

38 Hans Maier / Heinz Rausch / Horst Denzer (Hg.), *Klassiker des politischen Denkens*, 2 Bde., München 1986 (urspr. 1968). Nach dem Tode von Heinz Rausch ist unter gleichem Titel eine völlige Neubearbeitung unter der Herausgeberschaft Maiers und Denzers, München 2004, erschienen.

39 Hartmann, aaO. (FN 3), S. 164 f.

richtig zu verwerfen, und hierin stimmt er mit der wahren, das heißt auf das menschenwürdige Leben bezogenen Politik überein«.⁴⁰ Das ist ein normativer Ansatz: Klassiker nicht als Museum, sondern als Exempel kritischen Denkens.

3. Es mag überraschend sein, dass jemand, der als konservativ gilt, sich dem Verfassungs- und Politiksystem der BRD im Wesentlichen unter dem Aspekt der Reformen⁴¹ zuwendet. Das ist nicht allein den stürmischen, von Überwindungsabsichten der überkommenen parlamentarischen Demokratie gekennzeichneten Situation von 1968⁴² zu verdanken. Es ist vor allem darauf zurückzuführen, dass dieses Gemeinwesen selbst in seiner ganzen Konstruktion überwiegend von Reformabsichten bestimmt ist, zumindest von der Absicht, aus historischen Fehlern zu lernen. Das bestimmt den Staat, der als Machtstaat zurücktritt und Anschluss gewinnt an frühliberale Bürgerfreiheit und auch an das institutionelle Gefüge westlicher Demokratien, in dem sich Parteiensystem und Parlamentarismus als funktionsfähig und verantwortungsbereit erweisen.

Dazu liegen zahllose Analysen vor, die nie euphorisch, wohl aber eher optimistisch gestimmt gewesen sind, allmählich aber auch mit skeptischer Vorsicht durchwirkt. Schon in der Grundwertediskussion der 70er Jahre war klar geworden, dass der ethische Konsens des Grundgesetzes nur schwer zu verteidigen oder gar zu befestigen ist.⁴³ Wäre 1968 auf diese Weise überhaupt möglich gewesen, wäre es der Gründergeneration gelungen, ihre Wertorientierungen und deren Begründungen weiterzugeben? Man hat auch sonst Entwicklungen und Fehlentwicklungen gesehen, die im Grunde andere Antworten suchten als die grundgesetzlichen – und damit partiell auch andere Antworten auf die Frage nach der politischen Ordnung. Der intendierten Stärkung der repräsentativen Demokratie stellten sich Antiparlamentarismus, plebiszitäre Strömungen, Herausforderungen der Mehrheitsregel, selbst Gewaltbereitschaft entgegen. Diese Herausforderungen sind auf systematischer Ebene in zahlreichen Arbeiten – auch in Diskussionsveranstaltungen – angenommen worden; politisch haben sie sich dann in den 90er Jahren erledigt.

Es gibt aber auch subtilere Entwicklungen wie die überbürdende Parteiendemokratie, die beständige Stärkung der Exekutive, die zugespitzte partei- und interessenpolitische Funktionalisierung der Abgeordneten und als jüngste Tendenz die zunehmende Entparlamentarisierung politischer Entscheidungen. Hans Maier hat diese Probleme nicht links liegen gelassen und sich um realistische Analysen von

40 Maier, aaO. (FN 38) Bd. 1, S. 13.

41 So z.B. »Reform in der Demokratie« in: *Zeitschrift für Politik* (15) 1968, S. 389 – 402; »Parlamentsreform – aber wie?« in: *Merkur* (23) 1969, S. 515 – 526; »Probleme der Schul- und Hochschulreform in der Bundesrepublik Deutschland« in: *Anstöße. Beiträge zur Kultur- und Verfassungspolitik*, Stuttgart 1978, S. 241 – 254. Zur reformorientierten Verfassungspolitik: »Das Grundgesetz nach 50 Jahren – Versuch einer historischen Würdigung« in: Bundesministerium des Innern (Hg.), *Bewährung und Herausforderung. Die Verfassung vor der Zukunft*, Opladen 1999, S. 21 – 38.

42 Siehe Hans Maier, *1968 – Versuch einer Bilanz*, München 2002.

43 Hans Maier, »Zur Diskussion über die Grundwerte« in: Günter Gorschenek (Hg.), *Grundwerte in Staat und Gesellschaft*, München 1977, S. 172 – 190.

Demokratie, Parlamentarismus und Parteiensystem⁴⁴ bemüht, im Übrigen auch mit deutlicher Distanz zu idealistischen, verfassungspolitisch verfehlten Interpretationen der Institutionen. Neben Winfried Steffani und Wilhelm Hennis ist er aus der zweiten Generation der Politikwissenschaftler in Deutschland ein entschiedener Inspirator der modernen Parlamentarismusforschung gewesen, die seit den 70er Jahren eine ungeahnte, fruchtbare Blüte entfaltet hat.

Zu sehen ist aber auch, dass professionelle Fortentwicklung der Wissenschaft und Entwicklung des politischen Bewusstseinsstands der Öffentlichkeit nicht miteinander Schritt halten, gerade auch auf Gebieten, auf denen es dem Wissenschaftler durchaus auf volkspädagogische Wirkung angekommen wäre. Der Wissenschaftler ist auch hilflos gegenüber Funktionsschwächen, Rechtsverletzungen und Skandalen, die das Vertrauen in die Demokratie geradezu untergraben müssen. Auch hier stellt sich die Frage nach der guten Ordnung, die uns Allensbach, Infas und die Forschungsgruppe Wahlen nicht beantworten können, eher wohl wirklich kritische Politikwissenschaft von historisch inspirierter zeitdiagnostischer Kraft.

Auch Hans Maier übersieht die Krisenanfälligkeit des Parteiensystems nicht. Ihm ist bewusst, dass die Erfolgsgeschichte des Grundgesetzes (von der er übrigens genau weiß, dass sie mehr noch als institutionell mentalitätsgeschichtlich zu interpretieren ist) mit der Entwicklung der Parteien verbunden gewesen ist. Grundlegende Umbauten würden »gerade jene Gegebenheiten gefährden, mit denen die Verfassung rechnet, die sie aber selbst nicht schaffen kann: Pluralität der politischen Kräfte, Kompromiss- und Konsensbereitschaft, Offenhalten der Machtwechselchance, Voranschreiten in Versuch oder Irrtum, ohne dass die Mehrheit sich für die Wahrheit hält oder die Wahrheit glaubt, sich über Mehrheiten hinwegsetzen zu können.«⁴⁵

V.

Zum Schluss zeigt sich erneut auch wieder am wissenschaftlichen Werk Maiers, dass zentrale Kategorien der Politik, mit denen wir alltäglich umgehen, »an einem Wertsystem ausgerichtet sind«.⁴⁶ Das gilt z.B. für so wesentliche Begriffe wie Legitimität und Repräsentation, die mit empirisch-analytischen Methoden alleine nicht erfasst werden können (was wiederum nicht heißt, dass sie sich empirischer Forschung entzögen). Die Bedeutung von Methodenpluralismus und empirischer Analyse war übrigens den Gründervätern und ihren Schülern in der Phase der Wiedere-

44 Forschungen zur Parteiengeschichte und -soziologie markieren bekanntlich den Anfang der wissenschaftlichen Karriere, bes. *Revolution und Kirche. Zur Frühgeschichte der christlichen Demokratie*, München ⁵1988 (ursprünglich Freiburg 1959). Eine Neuauflage erscheint 2006.

45 Hans Maier, *Das Freiheitsproblem in der deutschen Geschichte*, Karlsruhe 1992, S. 52.

46 Ernst Fraenkel, »Die Wissenschaft von der Politik und die Gesellschaft« in: Heinrich Schneider (Hg.), *Aufgabe und Selbstverständnis der politischen Wissenschaft*, Darmstadt 1967, S. 228 – 247 (S. 230).

tablierung der Disziplin in Deutschland in hohem Maße bewusst, welche die normative Orientierung nicht aus den Augen verloren hatten, ohne sich zugleich auf einen so umfassenden ontologischen Ansatz wie den Voegelins verpflichten zu lassen. Normativität und Empirie aufeinander zu beziehen, gelang ihnen jedenfalls besser als jenen, die heute in den Methoden und Techniken empirischer Sozialforschung allein aufgehen (oder untergehen). Schon Ernst Fraenkel hat explizit festgestellt, wie sehr empirische Forschung der Realitätserkenntnis dient und eine unentbehrliche Voraussetzung für die Lösung der spezifischen politikwissenschaftlichen Aufgaben ist: »Diese bestehen darin, das bei der Fällung politischer Entscheidungen in Erscheinung tretende Zusammenspiel staatlicher und gesellschaftlicher Faktoren unter dem Blickpunkt zu analysieren, ob und inwieweit es geeignet ist, zur Realisierung der Wertvorstellungen beizutragen, die den Kitt darstellen, ohne den kein politisches Gemeinwesen zu dauern vermag.«⁴⁷

Es ist eine Erfahrungstatsache, dass alle Machthaber sich auf das Gemeinwohl berufen haben, um sich Legitimität zu verschaffen.⁴⁸ Zur entscheidenden kritischen Frage wird von daher die nach Qualität und Beschaffenheit des »Kitts«, der ein politisches System zusammenhält. Mehr als je zuvor kennen wir die Rolle der Kommunikation. Doch der voraussetzungsfreie Diskurs kann diesen Kitt nicht darstellen. Zu finden ist er eher in einigen wichtigen regulativen Ideen wie z.B. Menschenwürde, Legitimität der Herrschaft und – bei aller inhaltlichen Problematik des Begriffs – letztlich auch Gemeinwohl. Es kommt allerdings darauf an, wie wir diese Ideen begründen.

Zusammenfassung

Hans Maier hat als führender Vertreter der zweiten Generation der Politikwissenschaft im Nachkriegsdeutschland erheblich zur Etablierung des Faches beigetragen. Mit seinen Forschungen hat er die Geschichte der Politikwissenschaft in Deutschland, ihre Wurzeln in der praktischen Philosophie und die Fundamente der politischen Kultur Deutschlands freigelegt. Aufgrund dieser Ergebnisse und als prominentes Mitglied der Freiburger Schule verfolgt er einen normativen und historischen Ansatz, ist aber zugleich der Analyse der Prozesse und Institutionen des demokratischen Verfassungsstaates zugeneigt.

Summary

Hans Maier is one of the leading representatives of the second generation of political scientists in post-war Germany, who successfully worked in establishing the

47 Ebd. S. 230.

48 In diesem Kontext sind auch die jüngeren Forschungen auf dem Guardini-Lehrstuhl zu verorten: Hans Maier (Hg.), *Totalitarismus und Politische Religionen* Bd. 1 – 3, Paderborn u.a. 1996 – 2003.

discipline in the scientific community and in the public. His research projects clarified the history of political science in Germany and exposed its roots in the aristotelian practical philosophy. Simultaneously he uncovered the foundations of the German political culture. From his research and as a prominent member of the Freiburg school his approaches are normative and historic, but he also analyses institutions and processes of the modern democratic constitutional state.

Politische Kommunikation



Diskurse im Sinne von organisierten Kommunikationsprozessen (Mediationen, Konsensuskonferenzen, Planungszellen, Diskursverfahren) werden in dieser Studie auf dem Hintergrund von Transformationsprozessen der wissenschaftlichen und politischen Ordnung verortet sowie unter Zugrundelegung unterschiedlicher Demokratietheorien einer differenzierten Beurteilung unterzogen.

Demokratie und Diskurs

Organisierte Kommunikationsprozesse
in der Wissensgesellschaft

Von Renate Martensen

2006, 110 S., brosch., 12,- €, ISBN 3-8329-1919-8

Bitte bestellen Sie bei Ihrer
Buchhandlung oder bei:
Nomos Verlagsgesellschaft
76520 Baden-Baden | www.nomos.de



Nomos